

Ostfildern, den 11.11.2020

Stellungnahme zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Bolay, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und der Verwaltung, liebe Bürgerinnen und Bürger,

das zurückliegende Jahr war in vielerlei Hinsicht ein ereignisreiches, bei dem alles durch die Pandemie überschattet wurde. Wer erinnert sich noch beispielsweise wie zu Jahresbeginn alle gebannt verfolgt haben, wie Australien brannte?

Die Pandemie hat viele Planungen und Vorhaben durcheinandergebracht und stellt uns auf die Probe. Es steht die Herausforderung im Raum, möglichst viele Mitmenschen vor dem Tod durch das Corona Virus zu retten. Dieser Herausforderung steht die Gefahr gegenüber Arbeitsplätze und teilweise sozialen Abstieg zu riskieren. Der Tod ist dabei endgültig, während Arbeitsplätze und Wohlstand wiederhergestellt werden können. Es wird uns als Gesellschaft prägen wie wir uns in den Zeiten der Krise entscheiden. Der Schutz von Menschenleben steht für uns Grüne dabei ohne Frage an erster Stelle, während parallel alles getan werden muss um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen soweit wie möglich abzufedern.

Auch jetzt mitten in der zweiten Infektionswelle und den beschlossenen Lockdownmaßnahmen müssen wir nach Vorne blicken. Über 200 Unternehmen forschen weltweit an einem Impfstoff und sobald dieser die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt und verfügbar ist, wird der Alltag wieder in seine normalen Bahnen zurück kehren.

Die Auswirkungen der Pandemie, sowie die Folgen des Strukturwandels in der Automobil- und Maschinenbauindustrie, spiegeln sich auch in dem vorliegenden Haushaltsentwurf der Stadt wider. Ich will die Zahlen im Detail nicht noch einmal wiederholen. Zusammengefasst hat die Stadt deutlich weniger Einnahmen zur Verfügung als in den Vorjahren, während die notwendigen Investitionen, die sich vor allem im Bereich Kinderbetreuung und Schulen aufgestaut haben, weiterhin zwingend notwendig sind und finanziert werden müssen.

Diese Finanzierung wird trotz Unterstützung durch Bund und Land in nie dagewesener Höhe durch neue Kredite stattfinden. Dabei kommt uns zugute, dass die Zinslage derzeit immer noch auf einem historisch niedrigen Niveau ist. Die Pro-Kopf Verschuldung der Stadt bleibt sogar weiterhin unterhalb des Landesdurchschnitts, so dass trotz Kreditfinanzierung keine Schuldenfalle droht.

Die Wirtschaftsprognosen für die kommenden Jahre gehen, nach dem Wirtschaftseinbruch durch die Pandemie, weiterhin von einem neuen Wachstum aus. Zwar dämpft der erneute Teil-Lockdown dieses Wachstum ein wenig, jedoch wird dieses wieder aufwärts gehen, so dass wir Investitions-Kredite zur Überbrückung dieser Krisenzeit für sinnvoll halten und unterstützen.

Investitionen in die Zukunft - Kinder haben Priorität

Trotz der aktuell düsteren Haushaltslage halten wir Grünen an den zwingend erforderlichen auch langfristigen Investitionen der Stadt mit Schwerpunkt auf Schulen und Bildung fest. Gerade in der Krise

dienen Investitionen der öffentlichen Hand als Beitrag, damit der Konjunkturunbruch abgemildert ausfällt und die Konjunktur einen An Schub für eine schnellere Erholung bekommt.

Bei den Investitionen hat für uns der zügige Bau der Sporthalle 1 absolute Priorität. Zwar hätten wir uns eine kostengünstigere Version gewünscht, jedoch hat die Mehrheit im Gemeinderat diese Variante beschlossen. Da die Erweiterung der Gemeinschaftsschule vom Neubau der Sporthalle abhängt, da hier der derzeitige Hallenstandort benötigt wird, muss jetzt zügig gebaut werden. Die Gemeinschaftsschule muss endlich vernünftige Räume bekommen.

Auch bei der Kinderbetreuung können wir jetzt nicht sparen. Bereits vor der Pandemie hatte die Stadt zu wenige Betreuungsplätze zur Verfügung. Dies wurde durch die noch größeren Herausforderungen im Laufe des Jahres Hygieneschutzauflagen zwar teilweise verstärkt, jedoch wird die Stadt auch nach Ende der Pandemie deutlich mehr Plätze benötigen. Die von Verwaltung, Gemeinderat und Elternbeirat an Runden Tischen vorberatenen Ausbaumaßnahmen müssen ohne Verzögerung umgesetzt werden.

Deutschlandweit fehlen über 342.000 Kita Plätze alleine für Unter-3-jährige - eine Situation, die in Ostfildern durch das BiRegio Gutachten bis 2040 in Ostfildern unterstrichen wird. Sogar, wenn keine weiteren Wohngebiete in der Stadt entstehen, müssen wir bis 2040 jährlich eine neue Betreuungsgruppe eröffnen, um der steigenden Nachfrage nachzukommen.

Ein Kernproblem bei der Schaffung weiterer Betreuungsplätze ist der Fachkräftemangel. Es gibt zu wenige Erzieher*innen, die zur Verfügung stehen. Ein Problem, dass in den kommenden Jahren noch verstärkt wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Diesen Fachkräftemangel können wir durch Stellenanzeigen und ein gegenseitiges Abwerben der wenigen auf dem Markt vorhandenen Erzieher*innen nicht nachhaltig lösen. Es muss eine Ausbildungs offensive in Gang kommen um mehr Menschen für den Berufszweig der Kindererziehung zu begeistern und ihnen Zugang zu verschaffen. Der von Verwaltung eingeschlagene Weg durch Schaffung von mehr attraktiven PIA Ausbildungsplätzen-/FSJ-Stellen und Anerkennungsplätzen, soll weiter verstärkt werden.

Es gibt derzeit bereits mehr PIA-Bewerbungen als Ausbildungsplätze in der Stadt. Bezahlte Ausbildungsplätze sind attraktiver als die unbezahlte schulische Ausbildung.

Die Kitas fühlen sich teilweise überlastet und Ausbildung kostet Geld, auch das fehlt dazu. Daher stellen wir den Antrag:

ANTRAG: „Die Verwaltung startet eine Ausbildungs offensive KITA mit dem Ziel 1.) Mehr bezahlte Ausbildungsplätze für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen zu schaffen, 2.) Neue Wege in der Ausbildung von pädagogischem Personal für die KITAS zu gehen und 3.) Mit Weitblick die Versorgung der kommenden Jahre zu sichern.“

Dabei stellen wir uns einen runden Tisch „Ausbildung“ mit den Kita-Träger*innen in Ostfildern vor um neue, kreative und bezahlte Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Beispielsweise könnte eigens dafür eingestelltes sozialpädagogisches Personal eine „Ostfildern-Klasse“ bilden, die Kitas etwas von der Anleitung entlasten und die praktischen Einsätze mit den Kitas abstimmen.

Auch sollen Gespräche mit möglichen Zuschussgebern geführt werden, wie der Agentur für Arbeit über ein Modellprojekt „Neue Wege für eine bezahlte Ausbildung zur Kinderpfleger*in oder Erzieher*in“. Gespräche mit schulischen Ausbildungsstellen des Landkreises und anderer Schulen sollen dabei auch geführt werden darüber, wie Teilnehmer*innen in diesem Modellprojekt schulisch ausgebildet werden können. Es müssen bezüglich der Personallücke neue Wege gegangen werden. Immer neue Anzeigen in der Stadtrundschau alleine werden hier nichts ändern.

Ein zweites Standbein der Stadt sind alternative Kindergartenmodelle, wie der Naturkindergarten, der eine weitere Gruppe aufgemacht hat, und der Waldorfindergarten in Kemnat. Diese alternativen

Modelle sorgen für eine Vielfalt im Betreuungsangebot und durch ihre spezialisierte Ausrichtung, mit einem eigenen spezialisierten Personalmarkt für eine besondere Attraktivität für Erzieher*innen.

Der Erhalt des Waldorfkindergartens für die Stadt ist wichtig und durch die Erweiterungspläne bietet sich sogar die Chance, zwei weitere Gruppen zu erhalten. Diese Einrichtung ist ein Gewinn für die Stadt der nicht verspielt werden sollte. Daher beantragen wir:

ANTRAG: „Die Verwaltung setzt sich zeitnah und aktiv für den Waldorfkindergarten ein und soll kreativ werden, um diesem einen Neubau mit zusätzlichen Gruppen innerhalb der Stadt zu ermöglichen.“

Der zunehmende Bedarf an Ganztagesbetreuung endet nicht mit der Einschulung, sondern setzt sich in der Schulkindebetreuung fort. Auch hier fehlt es an Personal und Plätzen. Der knappen Personalsituation bei der Schulkindebetreuung kann durch die Einrichtung von mehr Ganztagschulen entgegengesteuert werden, das freiwerdende Personal kann an anderen Stellen eingesetzt werden, wo es dringend benötigt wird. Weit wichtiger ist jedoch, dass Ganztagschulen dazu beitragen, den Bildungserfolg unabhängiger von der sozialen Herkunft zu machen. Die Zahlen in Ruit zeigen, wie groß das Interesse an diesem Angebot inzwischen ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ein solches Angebot auch in Nellingen, dem größten Stadtteil Ostfilderns geschaffen wird.

ANTRAG: „Wir beantragen, dass die Verwaltung mit den Grundschulkollegien in einen Dialog über mögliche Weiterentwicklung zu Ganztagschulen tritt.“

Abschließend zum Themenbereich der Kinderbetreuung und auch für die Zukunft haushaltsrelevant, möchte ich die Betreuungsgebühren kurz ansprechen. Diese sieht der Haushalt im kommenden Jahr „zur Überprüfung“ vor. Wir Grüne sehen die Gebühren in Ostfildern bereits auf einem hohen Niveau und dank steigender Landeszuschüsse der letzten Jahre sehen wir hier derzeit keinen Anlass für eine Gebührenerhöhung und weitere finanzielle Belastung der Familien. Dies möchten wir der Verwaltung bereits vorab für ihre Planungen mitgeben.

Die Grenzen des Wachstums sind erreicht!

Das erwähnte BiRegio Gutachten zeigt die Grenzen der städtischen Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung auf. Auch der Verkehr staut sich seit Jahren zu Stoßzeiten in allen Ortsteilen, von der Vernichtung unserer wertvollen Filderböden ganz zu schweigen. Mit knapp 40.000 Einwohnern sehen wir unsere Infrastruktur als Stadt an der Wachstumsobergrenze angekommen.

In Anbetracht dieser Tatsache und der angespannten Haushaltssituation beantragen wir:

ANTRAG: „Alle Planungen bezüglich Nellingen West, die an mehreren Stellen im Haushalt genannt sind, sind einzufrieren. Das Personal und Budget sollen an anderen dringend nötigeren Stellen eingesetzt werden.“

Weitere Stadtentwicklung und das Schaffen von zusätzlichem kostengünstigem Wohnraum soll nur als Innenentwicklung erfolgen. Dabei gilt die von uns bereits vorletztes Jahr angestrebte „vertikale Stadtentwicklung“ als Leitsatz, also ein Ausbau nach oben. Es sollen auch Aufstockungen von vorhandenen Gebäuden oder gar Garagen beispielsweise in Holzleichtbauweise, sowie die öfters im Gremium diskutierten Dachgeschossgauben unterstützt werden.

ANTRAG: „Die Verwaltung fördert aktiv Aufstockungen auf vorhandene Gebäude und Garagen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum und Gewerbefläche.“

Beim Thema Wohnraum bedauern wir es, dass in diesem Haushalt die vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossene Auflösung des Eigenbetriebs Wohnungsverwaltung umgesetzt wird. Wir hätten uns ein

Fortbestehen und eine strategische Ausrichtung zur aktiven Schaffung von neuem sozialem Wohnraum gewünscht.

Bei dem aus unserer Sicht überdimensionierten Gewerbegebiet in Scharnhausen, sind wir weiterhin der Meinung, dass dieses weit über den lokalen Bedarf des Gewerbes hinausgeht und unnötig unseren wertvollen Filderboden versiegelt, den wir erst vor ein paar Jahren gegen den Bau einer zweiten Landebahn verteidigt haben. Von den immensen Kosten der Stromtrassenverlegung ganz zu schweigen. Immerhin ein paar Lichtblicke zur Mobilität entstehen bei dessen Umsetzung. Unter anderem werden zwei grüne Kernforderungen erfüllt: Es wird im Zuge des neuen Gebietes endlich ein Gehweg zum DHL Gelände gebaut, der den Trampelpfad im Straßenbegleitgrün ersetzt und es wird endlich auch eine direkte Bushaltestelle am Gewerbebestandort geben.

DER BUS MUSS ALLE WOHN- UND GEWERBEGEBIETE BEDIENEN

Im kommenden Jahr 2021 steht im Landkreis eine wichtige Entscheidung für die künftige Ausrichtung des öffentlichen Nahverkehrs der Stadt an. Das Buslinienbündel wird neu ausgeschrieben.

ANTRAG: „Die Verwaltung überprüft kurzfristig die bestehenden Buslinien und meldet rechtzeitig vor der neuen Linienbündelausschreibung zusätzlichen Bedarf beim Landkreis an. Die Bedarfe sollen dabei in den ersten Monaten des Jahres 2021 auch durch eine Online-Bürgerbeteiligung und eine Abfrage bei den Gewerbebetrieben ermittelt werden.“

Wir haben jetzt die Chance für die nächsten Jahre deutliche Verbesserungen im Busnetz zu erreichen. Ziel ist es möglichst vielen Menschen einen alltagstauglichen Zugang zum Busliniennetz zu ermöglichen bei möglichst kurzen Distanzen. Es ist wichtig, dass auch entlegene Wohngebiete und alle Gewerbegebiete an das Busliniennetz angebunden werden. Beispielsweise ist die Schwarze Breite Nellingen noch nicht mit dem Bus versorgt. Eine Online-Bürgerbeteiligung kann im Vorfeld Verbesserungswünsche und Mängel ermitteln.

Esslingen und viele andere Kommunen haben bereits ihre Hausaufgaben gemacht und ihren Bedarf ermittelt und angemeldet, beispielsweise mit einer zusätzlichen Busverbindung Berkheim zur Stadtbahnhaltestelle Nellingen, was wir durchaus begrüßen. Ostfildern muss ebenfalls die Chance nutzen um Verbesserungen im Busnetz zu erreichen.

Zusätzlich muss die Stadt sich für eine Takterhöhung der Buslinien einsetzen. Die Busverbindungen, die den Esslinger Bahnhof anbinden, sollen dabei an den S-Bahntakt angeglichen werden und ebenfalls im 15-Minutentakt verkehren.

Die wichtige Querverbindung der Linie 816 von Ruit nach Scharnhausen gibt es derzeit nur stündlich. Hier sollte geprüft werden ob dies auch halbstündlich möglich ist. Dies ist die einzige Direktverbindung von Ruit nach Scharnhausen. Die Linie passiert die Talwiesen, das Krankenhaus Ruit und den wichtigen Verkehrsknoten „Scharnhausen Rathaus“, der das Gewerbegebiet durch den 122er anbindet. Eine Bushaltestelle Talwiesen haben wir bereits beantragt, angesichts der überlasteten Parksituation.

Die Stadtbahn ist das Rückgrat der Stadt

Neben dem Bus ist die Stadtbahn das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt und ein wahrer Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger. Die morgendlichen Züge, die bereits voll sind wenn sie die Grenze Ostfildern verlassen, zeigen den Bedarf und die Akzeptanz deutlich auf.

Daher ist es für uns Grüne seit Jahren unerlässlich, dass dieses Erfolgsmodell durch eine Verlängerung nach Esslingen fortgesetzt wird.

Die Studie der SSB, die dem Gemeinderat im vorigen Jahr vorgestellt wurde, macht in dieser Hinsicht Mut. Der Wirtschaftlichkeitswert beträgt 1.0, die Voraussetzung für eine Umsetzung.

Die Empfehlung ist, diese Pläne voranzubringen, sobald die neuen standardisierten Bewertungskriterien für Bundesfördergelder beschlossen sind, die eine CO₂-Bepreisung berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass dies im ersten Halbjahr 2021 geschehen könnte.

ANTRAG: „Die Verwaltung leitet die Planungen für die Stadtbahnverlängerung nach Esslingen gemeinsam mit dem Landkreis, der Stadt Esslingen und der SSB direkt ein, sobald die Bewertungskriterien der Bundesfördergelder dies zulassen.“

Für unsere zweite Stadtbahnlinie, die U8, wünschen wir uns, dass diese wichtige Querverbindung ganztägig, also auch am Abend und am Wochenende, eingesetzt wird. Es gibt nur wenige Querverbindungen auf den Fildern.

Auch den Vorschlag der Region, Ruit und Mettingen mit einer Seilbahn zu verbinden, finden wir spannend und werden diese Entwicklung als mögliche Ergänzung des Verkehrsnetzes weiter verfolgen.

Fuß- und Radverkehr stärken

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger in der Stadt entdecken das Fahrrad für sich als Verkehrsmittel und legen auch öfters Strecken zu Fuß zurück, ein wachsender Trend. Dieser wird durch die zunehmende Verbreitung von Pedelecs beschleunigt und hat während des Lockdowns dieses Jahr nochmals einen bemerkbaren Sprung gemacht. Die Rekordumsätze der Fahrradläden zeugen von dieser erfreulichen Entwicklung. Nun muss die Infrastruktur diesem neuen Nutzungsverhalten folgen.

Dieser Anstieg beim Fuß- und Radverkehr spiegelt sich leider auch in dem jährlichen Polizeibericht wider, der eine steigende Anzahl an Unfällen bei Fußgänger*innen und Radfahrer*innen verzeichnet.

ANTRAG: „Die Verwaltung ermittelt und prüft zusammen mit der Polizei die Unfallschwerpunkte im Rad- und Fußverkehr und stellt fest ob bauliche Nachbesserungen notwendig werden.“

Unsere Infrastruktur muss Nutzungskonflikten vorbeugen und genug Platz für eine sichere Nutzung aller Teilnehmer*innen ermöglichen. Einen Engpass sehen wir hier beim Rad- und Fußweg entlang der Rinnenbachstraße zwischen Nellingen und der Parksiedlung. Dieser ist deutlich zu schmal für einen Begegnungsverkehr und ist in schlechtem Zustand. Überholen von Fußgänger*innen, ist oft nur durch Nutzung des Begleitgrüns möglich.

ANTRAG: „Die Verwaltung beantragt Bundesmittel aus dem „Konjunkturprogramm für Klimaschutz in Kommunen“ zum Ausbau des Fuß- und Radweges entlang der Rinnenbachstraße zwischen Nellingen und der Parksiedlung mit ausreichender Breite für einen Begegnungsverkehr von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.“

Die Förderquote ist vor kurzem von 75 Prozent auf 80 Prozent angehoben worden, insbesondere für „Klimaschutz durch Radverkehr“. Diese Fördermittel sollten wir nutzen.

Für die Verkehrssicherheit und bessere Orientierung im Radverkehr brauchen wir mehr Farbe direkt auf der Straße. Farbige Markierungen direkt auf der Fahrbahn sollen auch Aufstellbereiche vor Ampeln und Straßenübergänge hervorheben.

ANTRAG: „Im Radwegnetz der Stadt sollen Übergänge in den Straßenverkehr, Ausstellflächen an Kreuzungen und Abzweigungen direkt auf der Straße farblich markiert und hervorgehoben werden.“

Denn Radfahrende schauen meistens beim Fahren nach unten statt nach oben, um die Schilder zu sehen, und für Autofahrende ist es so direkt ersichtlich, dass hier Radverkehr kreuzen kann. Positiv ist dies an der Kreuzung Robert-Koch-/Breslauer Straße durch eine Aufstellfläche an der Ampel umgesetzt, um mal ein Beispiel zu nennen.

Nachdem die überörtlichen Radverbindungen nach Esslingen entlang der Breslauer Straße und über die Brücke nach Neuhausen ausgebaut wurden, finden wir die Pläne des Regionalverbandes spannend bezüglich eines Radschnellweges von Stuttgart über Sillenbuch und Heumaden nach Ostfildern. Der steigende Radverkehr wird derzeit an einer Zählstation in Heumaden gemessen. Dies sehen wir mittelfristig als die nächste Überregionale Netzanbindung an. Daher:

ANTRAG: „Die Verwaltung tritt mit der Stadt Stuttgart in Dialog, bezüglich den Planungen der Region über einen Radschnellweg von der Landeshauptstadt nach Ostfildern.“

Steigender Radverkehr heißt auch es müssen mehr Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Vor allem, wenn „wildes“ Abschließen an Zäunen oder Bäumen vermieden werden soll.

Der größte Notstand herrscht dabei derzeit im Bereich des Campus in Nellingen.

Schüler*innen sind erfreulicherweise begeistert mit dem Fahrrad unterwegs. Dies haben auch die beiden Teams des HHG und OHG bewiesen, die dieses Jahr unter den Spitzenplätzen des Stadtradelns waren.

Während der Schulzeit ist der Campus übervoll mit Rädern. Es wird angeschlossen wo nur irgendwie möglich.

Damit endlich etwas geschieht wiederholen wir unseren Antrag aus dem Vorjahr:

ANTRAG: „Auf dem Schulcampus Nellingen werden zusätzliche Radabstellmöglichkeiten durch mehrstöckige überdachte Anlagen gebaut.“

Der Ausbau der Fahrradkeller alleine wird nicht ausreichen, um alle Räder unterzubringen.

Ebenfalls könnte an dieser Stelle eine von uns seit Jahren beantragte Mobile Radabstellanlage flexibel und kurzzeitig Abhilfe schaffen, als Interim während Umbauten dienen und an anderen Stellen neue Standorte auf Akzeptanz testen.

Weitere Anträge auf Abstellanlagen wie doppelstöckiges und überdachtes Abstellen an den überbelegten Stadtbahnhaltestellen Ruit und Nellingen sowie der Ersatz der untauglichen Abstellanlage an der VHS und Musikschule „An der Halle“ warten ebenfalls bereits Jahre auf ihre Umsetzung, an die wir auch dieses Jahr nochmal erinnern möchten.

Der steigende Radverkehr, kurze Fußwege und ein dichte Nahverkehrsnetz mit einer hohen Taktfrequenz sind alles Alternativen, die im Zusammenspiel einen einseitig auf das Auto ausgerichteten Verkehr entlasten. Gute Alternativen locken Menschen aufs Rad oder in die Bahn. Wo weniger Autos fahren, kommen die verbleibenden Autos schneller und fließender voran. Eigentlich eine Win-Win-Situation für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Aus diesem Grund sind wir auch gespannt auf die Ergebnisse des Mobilitätskonzeptes, das wir mehrfach beantragt haben. Nur durch vernetztes Denken der Verkehrsarten statt nur Einzelbausteinen ist eine umfassende Verkehrswende zu schaffen, die auch einen wichtigen Baustein vor Ort im Kampf gegen den Klimawandel darstellt.

Gegen den Klimawandel gibt es keinen Impfstoff!

Während derzeit die Gesellschaft mit der Pandemie kämpft, darf auch die große globale Krise des Klimawandels nicht vergessen werden. Dieser findet ungebremst statt und gegen ihn gibt es keinen Impfstoff, der ihn beendet.

Der Klimawandel wird immer sichtbarer durch immer häufigere Großbrände wie in Brasilien, Australien oder Kalifornien oder die schrumpfenden arktischen Eismassen. Wir hatten diesen Sommer das dritte Dürrejahr in Folge mit deutschlandweit erheblichen Auswirkungen auf die Wasserversorgung, unseren Baumbestand und auch die Landwirtschaft. Der Klimawandel ist schon in vollem Gange und wenn wir nicht handeln, wird er immer härtere Folgen nach sich ziehen.

In Anbetracht dieser historischen Aufgabe, ist es aus unserer Sicht unverstündlich, dass unser Antrag letztes Jahr abgelehnt wurde, neue Klimaschutzziele für die Stadt zu formulieren, nachdem das bestehende Klimaschutzkonzept Ende des Jahres ausläuft.

Immerhin enthält der Haushalt 2021 Pläne für ein Klimaschutzkonzept, an das wir hohe Erwartungen haben. Wir erwarten eine umfassende Ist-Analyse, bei der die Zielerreichung des abgelaufenen Konzeptes untersucht wird. Es sollen neue ambitionierte CO₂-Reduktionsziele bis 2030 und ein Zieljahr für die CO₂ Neutralität festgelegt werden.

Außerdem unterstützen wir die Mitgliedschaft in der Klimaschutzagentur des Landkreises. Hierzu erwarten wir eine baldige Vorlage.

Da die Folgen des Klimawandels bereits spürbar sind, müssen erste Maßnahmen gegen die Folgen getroffen werden:

ANTRAG: „Die Verwaltung ruft Bundesfördermittel aus dem „Aktionsplan für klimafestes Deutschland“ ab, um Hitzeschutzmaßnahmen bei städtischen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Spielplätzen zu schaffen, beispielsweise für Übershattungen durch Sonnensegel, Fassadenbegrünung oder öffentliche Trinkwasserspender“.

Wir haben die Welt von unseren Kindern nur geborgt!

Die Entscheidungen der Stadt haben langfristige Folgen und betreffen damit direkt auch die kommenden Generationen. Daher ist es aus unserer Sicht unerlässlich, diese angemessen an der Entscheidungsfindung der Stadt zu beteiligen. Dieses Recht ist im Landeskommunalgesetz verankert.

Das Recht auf eine Vertretung wie beispielsweise durch einen Jugendgemeinderat, haben Jugendliche in der Stadt im letzten Jahr geltend gemacht und es wurde durch den Gemeinderat beschlossen dieses Recht „baldmöglichst“ durch Wahlen umzusetzen.

Dies ist nun über ein Jahr her. Trotz Pandemiebedingungen dürfen in Ostfildern dieser Beschluss und auch das Recht der Jugendlichen nicht länger missachtet werden. Wir erwarten daher von der Verwaltung noch dieses Jahr einen Plan wie dieser Beschluss endlich umgesetzt werden kann.

Erhalten was uns erhält

Neben dem Klimawandel hat auch der Artenschwund zunehmend eine Bedeutung für die zukünftige Generation, für das Ökosystem und für einen Großteil unserer Landwirtschaft die auf Bestäubung angewiesen ist. Besonders gravierend ist dabei das Insektensterben, das seit Jahren stattfindet und alarmierende Ausmaße erreicht. Eine aktuelle Studie von der Schwäbischen Alb hat bei wandernden Insekten einen Rückgang von bis zu 97 Prozent festgestellt!

Die Landesregierung hat im Rahmen der Einigung mit dem Bürgerbegehren zum Bienenschutz im Vorjahr ein Verbot für neue Schottergärten beschlossen, ein Schritt den wir sehr begrüßen. Um auch den Besitzer*innen von bestehenden Schottergärten einen Anreiz zum Umbau zu geben beantragen wir:

ANTRAG: „Die Stadt schafft mit einem Budget von 2.000€ einen Anreiz, bestehende Schottergärten umzuwandeln“

Wir denken dabei an einen Gutschein von vielleicht 200€ zur Neubepflanzung. Oder vielleicht sogar einen Wettbewerb zur schönsten Gestaltung. Der NABU bietet hierzu eine Naturgartenberatung an, auf die wir gerne aufmerksam machen.

Auch möchten wir, dass:

ANTRAG: „Die Verwaltung überprüft die Stadtbeleuchtung auf insektenfreundliche Wellenlänge und eine mögliche Dimmung, um Lichtverschmutzung zu begegnen.“

LEDs sind in der Praxis oft heller als herkömmliche Beleuchtungsanlagen - mit möglichen Nebenwirkungen für die Tier- und Insektenwelt.

Bezüglich der im letzten Jahr von uns beantragten und realisierten Blühstreifen der Stadt, möchten wir den Einsatz der Verwaltung loben. Diese hat zusätzlich zusammen mit der Landwirtschaft weitere Blühstreifen ermöglicht. Wir wünschen uns mehr davon.

ANTRAG: „Wir bitten die Verwaltung bei Neuvergaben und Verlängerungen verpflichtend Blühstreifen in die Pachtverträge für städtische Ackergrundstücke aufzunehmen.“

Pflegen und Pflücken ausdrücklich erlaubt!

Eine nachhaltige Grünraumplanung bringt die Natur zurück in unsere Stadt. Öffentliche Grünanlagen sollten für alle Bürger*innen da sein, deshalb schlagen wir vor ein stadtteilübergreifendes Konzept der „Essbaren Stadt“

zu erarbeiten und umzusetzen. Dadurch werden öffentlichen Grünräumen neue Funktionen zugewiesen. Daneben erhöht sich die Motivation für die Bürger*innen sich für ihren eigenen Lebensraum in der Stadt einzusetzen und ihn zu pflegen. Durch den Anbau von Nutzpflanzen auf öffentlichen Flächen wird die Natur in die Stadt zurück geholt und ein Bewusstsein für nachhaltige, gesunde Ernährung geschaffen. Kräuter, Karotten, Tomaten, Bohnen, diverse Beeren und allerlei Obst machen das urbane Umfeld attraktiver und laden zum Verweilen und schlussendlich zum Ernten ein. BürgerInnen im Scharnhäuser Park konnten dies mit einigen bepflanzten Blumenkübeln bereits in diesem Sommer genießen. – Lobenswert!

Nicht „Rasen betreten verboten“ sondern „Pflegen und Pflücken erlaubt“ ist das Gebot der Stunde.

Realisierung von urbaner Biodiversität in Ostfildern in Kombination mit Bürgernähe wäre ein positives Zeichen an und erstrebenswertes Ziel für eine kooperative Bürgergesellschaft.

Gleich mehrere Ziele verfolgt unser Apfelbaumantrag:

ANTRAG: „Im neuen Wohngebiet Ob der Halde in Scharnhäuser werden Apfelbäume gemäß den neuen Straßennamen gepflanzt.“

Diese können dann nicht nur die Nachbarschaft durch Obst erfreuen, Bienen und Insekten als Nahrungsquelle dienen, sondern unterstreichen den Charakter der neuen Straßennamen und sind ein Andenken an die Streuobstwiesen der Vergangenheit auf diesen Flächen. Dies verschönert auch das Stadtbild.

Damit das Stadtbild auch grün bleibt, muss verhindert werden, dass sich in der Landschaft Müll ansammelt. Das Stadtbild leidet derzeit leider in allen Ortsteilen unter überquellenden Mülleimern. Es bilden sich rund um die Mülleimer oft Müllinseln. Müllvermeidung wäre zwar besser, da dieser jedoch trotzdem entsteht:

ANTRAG: „Das Entsorgungskonzept der öffentlichen Mülleimer soll angesichts der verstärkten Nutzung der örtlichen Naherholungsräume überarbeitet werden.“

Möglichkeiten wären dabei eine höhere Entleerungsfrequenz, zusätzliche Mülleimer, die beispielsweise im Scharnhäuser Park sehr spärlich sind oder vielleicht sogar eine Mülltrennung mit mehreren Behältern wie Restmüll, Papier und Verpackungsmüll.

Die Digitalisierungslücke schließen

Wichtig für die gesellschaftliche Zukunft ist auch die Digitalisierung. Deutschland hinkt in diesem Punkt international hinterher, besonders auch an den Schulen.

Die bestehenden Bemühungen die Digitalisierungslücke zu schließen, die uns in der Pandemie vor Augen geführt wurde, benötigen weiterhin hohe Aufmerksamkeit der Politik.

Das Thema wird ein ausschlaggebendes Kriterium für die Zukunftsfähigkeit des Bildungsstandortes Deutschland sowie des Wirtschaftsstandortes, denn die Welt wird in rasantem Tempo digitaler und der Anschluss darf nicht verpasst werden.

Daher begrüßen wir die Anschaffung von 1000 digitalen Endgeräten für Schulen durch Landes- und Bundesmitteln um Familien mit Endgeräten auszustatten, die sonst keinen Zugang zu Geräten haben. 1000 Geräte sind allerdings immer noch nicht ausreichend und können erst der Anfang sein. Die digitale Chancengleichheit ist wichtiger Teil der Bildungsgerechtigkeit.

Auch die Digitalisierung der Verwaltung geht voran. So befürworten wir im Haushalt vorgesehene Mittel zum Ausbau der Onlineterminvergabe. Elektronische Services der Stadtverwaltung im Sinne des e-Government bieten noch viel Potenzial mit mehr Nutzen für die Bürger*innen und für eine schnellere Verwaltung. Hier kann gerne ein Blick nach Estland geworfen werden, das in diesem Bereich führend ist.

Soziale Absicherung -auch- für Musikschullehrer*innen

Als letzten Punkt im Haushalt möchte ich die Musikschullehrer*innen ansprechen, die sich mit einem Appell im Frühjahr an den Gemeinderat gewendet haben. Wir begrüßen die im Haushalt vorgesehene erste Erhöhung der Stundensätze für die Honorarkräfte. Wir vermissen jedoch weiterhin die Möglichkeit, vor allem für langjährige Honorarkräfte, eine TVöD-Beschäftigung mit sozialer Absicherung zu erhalten.

ANTRAG: „Die Honorarkräfte der Musikschule mit mindestens 20 Prozent Lehrtätigkeit erhalten TVöD-Verträge. Die erforderlichen Personalstellen werden in den Stellenplan 2021 aufgenommen, und die notwendigen finanziellen Mittel bereit gestellt.“

Dies ist nicht nur eine verdiente Absicherung für die Lehrkräfte, die seit Jahren gute Arbeit in der Stadt leisten, sondern erhöht auch die Rechtssicherheit der Arbeitsverträge. Eine Finanzierung der Mehrausgaben in Höhe von 64.000 – 80.000 Euro erfolgt über Wenigerausgaben bei der Kreisumlage.

Besonderer Dank an Ehrenamt und Freiwillige

Wir möchten zum Schluss noch einen großen Dank aussprechen an das Ehrenamt und alle Helfer*innen, die die Stadtgesellschaft während der Pandemie zusammen gehalten haben! Da dieses Jahr das Dankfest an die Ehrenamtlichen ausfällt, fordern wir die Verwaltung auf sich Gedanken zu machen, wie dieses Jahr der Dank an das Ehrenamt und auch der freiwilligen Helfer*innen während der Pandemie in anderer Form zum Ausdruck gebracht werden kann.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesem außergewöhnlichen Jahr die Stadt am Laufen gehalten haben, bei den Erzieherinnen und Erziehern, die trotz außergewöhnlicher Umstände die Betreuung der Kinder aufrecht erhalten haben, bei allen Einsatzkräften, Pflegepersonal und Gesundheitsmitarbeiter*innen, die auch jetzt alles unternehmen, damit wir gesund durch die Pandemie kommen.

Wir bedanken uns bei Bürgermeister Lechner, Herrn Weißbarth und seinem Team die trotz der angespannten Haushaltslage es geschafft haben, viele wichtige Investitionen der Stadt im Haushalt unterzubringen. Zuletzt danken wir allen Bürgerinnen und Bürgern für ihren Zusammenhalt in den schwierigen Zeiten. Bleiben Sie alle gesund!